

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



## Pressespiegel

07.06.2021

# Inhalt

## EWN

1   <b>Erster Strang von Nord Stream 2 fertig</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 05.06.2021</i> .....	3
2   <b>Die Millionen-Jahre-Frage</b> <i>NRZ Neue Ruhr Zeitung Essen-Rüttenscheid, 07.06.2021</i> .....	4
3   <b>ZDF Info: Die sieben geheimen Atompläne der DDR</b> <i>NIC Communication &amp; Consulting, 07.06.2021</i> .....	6

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 05.06.2021 | S. 10

 Auflage: 29.728 | Reichweite: 71.950

 Ulf Mauder

## Erster Strang von Nord Stream 2 fertig

### Präsident Putin erklärt auf Wirtschaftsforum in St. Petersburg: Pipeline auf russischer Seite startklar

Der russische Präsident Wladimir Putin hat gestern die Fertigstellung des ersten von zwei Strängen der Ostseepipeline **Nord Stream 2** informiert. Die Arbeiten am ersten Strang seien beendet, die Rohre verlegt und der russische Gaskonzern Gazprom sei bereit, die Leitung zu befüllen, sagte er beim St. Petersburger internationalen **Wirtschaftsforum**. Auf russischer Seite sei die Pipeline startklar. Die Gazprom-Aktien setzten zu einem Sprung an.

Zuvor hatten die Behörden darüber informiert, dass in der kommenden Woche der Testbetrieb am russischen Teil der Leitung beginne. Russland sei bereit, weiterhin solche internationalen Projekte wie **Nord Stream 2** umzusetzen, betonte Putin. Der Kremlchef sagte bei dem **Wirtschaftstreffen**, an dem auch Altkanzler Gerhard Schröder teilnahm, dass der zweite Strang in zwei Monaten fertiggestellt werden könne. Die Befüllung hänge dann von der Erlaubnis der deutschen Behörden ab.

„Es ist ein rein **wirtschaftliches** und kommerzielles Projekt“, sagte Putin mit Blick auf politische Kritik an der Ostseepipeline. Der österreichische Bundeskanz-

ler Sebastian Kurz sagte, er sei optimistisch, dass die Gasleitung fertiggestellt werde. Das sei gut für Russland, weil Europa viel Gas von dem Land kaufe. In Europa Sorge **Nord Stream 2** für Energiesicherheit, sagte der per Video zugeschaltete Politiker.

Der russische Präsident warf den USA vor, sie hätten mit ihrem Widerstand gegen **Nord Stream 2** vor allem eigene **wirtschaftliche** Interessen verfolgt. Die USA bieten ihr durch Fracking gewonnenes und dann verflüssigtes Gas als Alternative in der EU an. Putin betonte, dass russisches Pipeline-Gas „sauberer, billiger und verlässlicher“ sei als das US-Produkt. Billiger sei auch der direkte Transport nach Deutschland - in Umgehung des bisher wichtigsten Transitlandes Ukraine.

Ein Sprecher der **Nord Stream 2 AG** bestätigte, dass die Rohrverlegung des ersten Pipelinestranges am Freitag abgeschlossen worden sei. „Die verlegten Abschnitte des Pipelinestranges müssen nun noch miteinander verbunden werden“, sagte Sprecher Steffen Ebert. Anschließend würden die erforderlichen Aktivitäten vor Inbetriebnahme durchgeführt. „Die Verlegearbeiten am anderen Leitungsstrang werden fortgesetzt.“

## Die Millionen-Jahre-Frage

### Wo soll der hochradioaktive deutsche Atommüll gelagert werden? Auch Gebiete in NRW könnten infrage kommen. Atomkraft-Gegner kritisieren das Suchverfahren als intransparent

**An Rhein und Ruhr.** Es könnte der Kreis Kleve werden oder der Kreis Wesel. Auf der Karte, die im September vergangenen Jahres von der Bundesgesellschaft für Endlagerung, kurz *BGE*, veröffentlicht wurde, ist der Niederrhein blau eingefärbt, und das bedeutet, dass sich dort im Untergrund Tongestein befindet. Ein Material, in dem hochradioaktiver *Atommüll* sicher gelagert werden könnte, theoretisch jedenfalls. Praktisch ist noch längst nicht entschieden, wo ein Endlager in Deutschland errichtet werden wird. Am Suchverfahren gibt es aber Kritik von *Atomkraft*-Gegnern. Sie zweifeln daran, dass es fair und transparent ablaufen wird.

Ende 2022 werden mit Emsland in Niedersachsen, Neckarwestheim 2 in Baden-Württemberg und Isar 2 in Bayern die letzten *Atomkraftwerke* in Deutschland vom Netz genommen. Das *Atomzeitalter* wird dann aber noch lange nicht vorbei sein. Nicht nur, weil dann im münsterländischen Gronau weiterhin Uran für den internationalen Markt angereichert werden wird, sondern vor allem, weil die Suche nach einer sicheren Lagerstätte für den hochradioaktiven Müll andauert. „Mit der *Atomenergie* ist es wie mit einem Flugzeug, dem der Sprit ausgeht, für das es aber keine Landebahn gibt“, sagt Jochen Stay von der Anti-*Atom*-Initiative „ausgestrahlt“.

#### Sieben Jahrzehnte Kernkraft, 17.000 Tonnen giftiger Müll

17.000 Tonnen hochradioaktiver *Atommüll* haben sich in den vergangenen Jahrzehnten angesammelt. 70 Jahre hat die Nutzung der Kernkraft in Deutschland gedauert. Ihre strahlende Hinterlassenschaft muss eine Million Jahre sicher verwahrt werden, so sieht es das Standortauswahlgesetz für ein Endlager vor. So lange ist der *Atommüll* gefährlich für Mensch und Natur.

Lange Zeit galt ein Salzstock im niedersächsischen Gorleben als potenzielles Endlager, ein Standort, der in den siebziger Jahren aus politischen Gründen bestimmt worden, aber stets umstritten war. 2017 wur-

de das Suchverfahren ergebnisoffen neu eröffnet. Gorleben fiel bei der Vorstellung möglicher Endlager-Gebiete im Herbst 2020 heraus.

54 Prozent des Bundesgebiets und rund ein Drittel Nordrhein-Westfalens könnten jedoch laut dem damaligen Zwischenbericht der *BGE* potenziell geeignet sein. In NRW sind es 18 Landkreise und kreisfreie Städte, Gebiete, wo sich unter der Erdoberfläche Tongestein oder Steinsalz findet, darunter eben auch der Niederrhein. Das Ruhrgebiet fällt als Standort weg, weil es von Bergwerken durchlöchert ist.

Die *BGE* könnte jedoch die Menschen am Niederrhein ohne Not in Unruhe versetzt haben, kritisiert *Atomkraftgegner* Stay und verweist auf eine Stellungnahme des Geologischen Landesdienstes zu dem *BGE*-Zwischenbericht. Dort heißt es beispielsweise zu einem ausgewiesenen Gebiet bei Wesel: Es sei „fragwürdig, ob eine Mindestmächtigkeit von 100 Metern Tongestein überall erreicht wird“. Für andere ausgewiesene Gebiete etwa im westlichen Münsterland oder südwestlich von Bielefeld bemängelt der Geologische Landesdienst eine fehlende oder unzureichende Datenlage. Das ist nicht der einzige Kritikpunkt, den Stay an dem Verfahren hat.

Weil ein Standpunkt für ein Endlager bis 2031 gefunden sein soll, sei der Zeitdruck enorm: „Das führt zu Fehlern und schränkt den Spielraum für Fehlerkorrekturen ein“, bemängelte der *Atom*-Gegner in der vergangenen Woche in einer Video-Konferenz. Zudem lasse das Standortauswahlgesetz politische Spielräume zu, obwohl die Suche eigentlich streng nach wissenschaftlichen Kriterien ausgerichtet sein sollte. Auch die im Gesetz festgeschriebene Transparenz sei nicht gegeben. Beispielsweise habe die *BGE* mit Daten von Rohstoffunternehmen gearbeitet, veröffentlichte diese aber nicht, da sie als Geschäftsgeheimnisse gälten.

Besondere Bauchschmerzen bereitet den *Atomkraftgegnern* die Frage, ob Bürger tatsächlich wie im Ge-

setz vorgesehen, an der Standortentscheidung beteiligt werden. Das „Nationale Begleitgremium“, das den Suchprozess begleitet und in dem unter anderem ausgewählte Bürger sitzen, sei eigentlich nichts anderes als ein „hochengagiertes Feigenblatt“, dessen Vorschläge kein Gehör fänden, kritisiert Stay. Und da der Bundestag jeweils per Gesetz beschließen werde, welche Gebiete konkret erkundet werden sollen und welches am Ende der Lagerstandort wird, seien die Klagemöglichkeiten von Bürgern deutlich eingeschränkt.

Nicht zuletzt glaubt Stay nicht, dass der Zeitrahmen

eingehalten werden kann. „Wir haben jetzt schon zwei Jahre Verspätung.“ Die ursprüngliche Planung sieht vor, dass der **Atommüll** bis zum Jahr 2090 eingelagert und verschlossen sein soll. „Fachleute rechnen damit, dass der Verschluss erst im Jahr 2140 sein wird.“ Das könnte weitere Probleme bereiten: Die Genehmigungen für die Zwischenlager, in denen **Atommüll** derzeit aufbewahrt wird, laufen in den dreißiger und vierziger Jahren aus. Das Zwischenlager **Jülich** hat bereits seit 2013 keine gültige Genehmigung mehr. Eigentlich sollte es 2014 „unverzüglich“ geräumt werden. Bis heute lagert der Müll dort. NRZ

## ZDF Info: Die sieben geheimen Atompläne der DDR

### ZDFinfo: 14. Juni um 20.15 Uhr

18. Mai 2021 – Nach dem Zweiten Weltkrieg liefern sich Ost und West einen Wettlauf um die Nukleartechnik. Welche geheimen Pläne verfolgt die DDR in der Atomforschung – und welche Folgen hat sie bis heute? 30 Jahre nach dem Ende der DDR erzählt ZDFinfo die wahre Geschichte der Kernforschung im Osten. Es geht um Bomben und billigen Strom: In der DDR wird das erste deutsche Kernkraftwerk eröffnet. Und der ostdeutsche Staat liefert Uran für sowjetische Atomwaffen.

Die Dokumentation unternimmt eine Zeitreise in die Ära des Wettrüstens und die Anfänge der Atomenergie. In Deutschland startet der Wettlauf um das erste Kernkraftwerk. Für Ost und West soll es der Aufbruch in ein neues Zeitalter sein, und für die DDR soll es die Lösung ihres Energieproblems darstellen. Strom lieferte bis dahin nur die heimische Braunkohle. Und das nicht gerade energieeffizient.

### Die Geschichte der Kernkraft

Schon 1946 wird unter dem Tarnnamen Wismut, die Bezeichnung eines chemischen Elements, in Thüringen Uran abgebaut. Streng geheim und unter brachialen Bedingungen arbeiten bis zu 40 000 Bergarbeiter für die Atomwaffen der Sowjetunion. So ist die DDR lange Jahre der viertgrößte Uran-Produzent der Welt. Ohne das Uran aus Thüringen hätte es die Atommacht UdSSR nicht gegeben.

Im Wettlauf mit dem sogenannten Klassenfeind BRD gelingt der DDR 1967 der erhoffte Vorsprung: In Rheinsberg geht das erste Kernkraftwerk auf deutschem Boden in Betrieb. Wenige Monate später zieht Westdeutschland in Bayern nach. Die DDR feiert ihren Erfolg. Gewaltige Werke sollen entstehen, 20 sind geplant.

Die Geschichte der Kernkraft ist vor allem auch eine Geschichte der Spionage und Geheimhaltung. Militärpläne für Atomschläge auf deutschem Boden sind Top Secret. Atomphysiker Klaus Fuchs spioniert für die Sowjetunion. Heinz Barwich, Direktor des Rossendorfer Zentralinstituts für Kernforschung bei Dresden, dage-

gen wechselt mithilfe der CIA auf die andere Seite und setzt sich in den Westen ab. Ihre Geschichten sind bis heute geheimnisumwittert.

### Risiken und Friedensbewegungen

Jahrelang gilt Atomkraft als risikolos und wird als sozialistische Energieschöpfung gefeiert. Doch hinter den Kulissen: schwerwiegende Mängel, Brände, marode Werke. Der Umgang mit Atommüll bleibt ein Staatsgeheimnis. Morsleben wird zur gefährlichsten Atommüll-Deponie auf dem Gebiet der DDR. Radioaktive Abfälle werden ohne jede Verpackung einfach abgeschüttet. Gefahren für die Umwelt? Oder gar Gesundheit? Offiziell kein Problem. Jegliche Kritik wird im Keim erstickt.

Unter dem Dach der evangelischen Kirche entsteht in den 80ern eine unabhängige Friedensbewegung. Auch die wird unterdrückt. Repressionen und sogar Mordversuche an Kritikern folgen. Sicherheitsmängel werden dokumentiert, aber streng geheim gehalten. Sogar ein beinahe Super-GAU in Greifswald wird verschwiegen: Im Kernkraftwerk Lubmin, knapp 220 Kilometer zur deutschen Grenze, löst ein Elektriker durch Schlamperei fast eine Kernschmelze aus. In der Öffentlichkeit: kein Wort davon. Bis zur Wende hält die Stasi alles geheim.

### Tschernobyl

1986 dann die Katastrophe – Tschernobyl. Doch auch davon bekommt die DDR-Bevölkerung kaum etwas mit. Plötzlich gibt es Lebensmittel zu kaufen, die der Westen nicht mehr abnehmen wollte. Doch die Meldung über die Reaktorkatastrophe – in der DDR-Berichterstattung nur eine Randnotiz.

Erst mit der Wende wird das Ausmaß der zahlreichen Mängel und Vorfälle bekannt und gelangt an die Öffentlichkeit. Von der großen Atomvision bis zur Wende – Autor Matthias Hoferichter erzählt mit Zeitzeugen und an den Schauplätzen von damals die Dimensionen der Kernkraft in der DDR und die Herausforderungen, vor denen wir heute noch stehen.

*Ab Tag der Ausstrahlung wird der Film für zwei Jahre in der ZDFinfo-Mediathek zur Verfügung stehen.*

